

# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis .....	XIII
Abkürzungsverzeichnis .....	XLI
Einleitung .....	1
1. Teil: Vertragsrechtliche und institutionelle Grundlagen .....	21
1. Kapitel: Entwicklung der Rechtsinstitute privater Vorsorge .....	21
§ 1 Garantierte Leistungen (defined benefit) .....	21
§ 2 Ergebnis der Vermögensverwaltung (defined contribution) .....	62
§ 3 Kombination aus garantierter Leistung und Anlageergebnis (hybrid pensions) .....	100
2. Kapitel: Institutionelle private Vorsorge .....	123
§ 4 Begriff und Institutionen privater Vorsorge .....	123
§ 5 Charakteristika individueller und betrieblicher Vorsorge .....	158
2. Teil: Schutzprinzipien institutionalisierter privater Vorsorge .....	193
3. Kapitel: Vorsorgerechtliches Schutzdreieck .....	193
§ 6 Garantien, Vertragsbeendigung und -änderung sowie Mitsprache als Schutzdreieck .....	193
§ 7 Ausformung des vorsorgerechtlichen Schutzdreiecks .....	206
4. Kapitel: Das Leitbild treuepflichtig verwalteten Sondervermögens ....	243
§ 8 Grundsatz der Bildung von Sondervermögen .....	243
§ 9 Grundsatz der Anlage des Sondervermögens im Interesse (auch) des Berechtigten .....	276
§ 10 Der Grundsatz vorsorgerechter Anlage (prudent person rule) .....	295
3. Teil: Altersvorsorgeverträge .....	313
5. Kapitel: Begründung von Altersvorsorgeverträgen .....	313
§ 11 Vertragsschluss in der individuellen und betrieblichen Vorsorge .....	313
§ 12 Informationspflichten vor und bei Vertragsschluss .....	371

6. Kapitel: Altersvorsorgeverträge in der Einzahlungsphase.....	415
§ 13 Pflichtenstellung in Altersvorsorgeverträgen .....	415
§ 14 Anlage, Feststellung und Zuweisung des Ergebnisses der Vermögensverwaltung.....	458
§ 15 Informationspflichten und -rechte in der Einzahlungsphase .....	510
7. Kapitel: Sicherung und Änderung von Altersvorsorgeverträgen.....	523
§ 16 Sicherung von Ansprüchen und Altersvorsorgevermögen .....	523
§ 17 Anpassung und Abwicklung des Altersvorsorgevertrages.....	553
§ 18 Übertragung des Vertrages oder der Institution privater Vorsorge .....	591
8. Kapitel: Altersvorsorgeverträge in der Auszahlungsphase.....	607
§ 19 Versorgungscharakter und Beginn der Auszahlungsphase .....	607
§ 20 Leistungserbringung und -anpassung im Alter .....	631
 Zusammenfassung in Thesen .....	 653
Ausblick: Reine Beitragszusagen und Information der Vorsorgenden....	661
 Literaturverzeichnis .....	 665
Sachverzeichnis .....	737

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XLI
Einleitung .....	1
I. Private Altersvorsorge zwischen Sicherheit und Selbstverantwortung .....	1
II. Verbindungslinien und Begrifflichkeit in der privaten Vorsorge .....	2
1. Notwendigkeit einer Gesamtdarstellung der privaten Vorsorge .....	2
2. Private Vorsorge als Oberbegriff .....	4
3. Der Begriff der betrieblichen Altersvorsorge im Betriebsrentenrecht .....	5
a) Betriebsrenten und betriebliche Altersvorsorge als internationale Rechtsbegriffe .....	5
b) Betriebliche Altersvorsorge als Begriff des deutschen Betriebsrentenrechts .....	6
c) Betriebliche Altersvorsorge und reine Beitragszusagen .....	7
III. Methode .....	8
1. Interdisziplinärer Ansatz .....	8
2. Empirie .....	11
3. Vertikale und horizontale Rechtsvergleichung .....	13
4. Dogmatik .....	16
IV. Gang der Darstellung .....	17
Erster Teil: Vertragsrechtliche und institutionelle Grundlagen .....	21
1. Kapitel: Entwicklung der Rechtsinstitute privater Vorsorge .....	21
§ 1 Garantierte Leistungen (defined benefit) .....	21
I. Begriff der Leistungszusage und Formen vereinbarter Zusagen .....	21
1. Notwendigkeit einer Systematisierung des Rechts der privaten Vorsorge .....	21
2. Die arbeitsrechtliche Unterscheidung von Leistungs- und Beitragszusagen .....	22

a)	Leistungs- und Beitragszusagen im Betriebsrentenrecht .....	22
b)	Defined benefit, defined contribution und hybrid pensions .....	23
c)	Einordnung in das Betriebsrentenrecht .....	26
3.	Garantierte Leistungen, Vermögensverwaltung und Mischformen in der individuellen Vorsorge .....	26
a)	Grundsatz der Beteiligung am Überschuss in der Lebens- und Rentenversicherung: Mischformen als praktische Regel .....	26
b)	Banksparrverträge: Garantierte Leistungen als praktische Ausnahmen .....	27
c)	Ergebnis der Vermögensverwaltung (statt reiner Beitragszusage) .....	28
4.	Eigenvorsorge und Unterhalt .....	28
5.	US-amerikanischer Internal Revenue Code und das Altersvorsorgekonto .....	30
II.	Individuelle Altersvorsorge durch Leibrentenverträge .....	31
1.	Leibrentenverträge als Urform privater Altersvorsorge .....	31
2.	Die Leistungszusage als gesetzliches Leitbild .....	32
a)	Die lückenhafte gesetzliche Regelung .....	32
b)	Zusage einer im Voraus bestimmten Leibrente .....	33
3.	Die Rechtsnatur der Leibrente .....	34
a)	Leibrente als Risikogeschäft .....	34
b)	Gegenstand des Leibrentenversprechens .....	35
aa)	Streitstand .....	35
bb)	Die Leibrente als Dauerschuldverhältnis .....	37
c)	Wesensmerkmale der Leibrente .....	39
aa)	Regelmäßige Auszahlung von grundsätzlich lebenslanger Dauer .....	39
bb)	Kalkulation des Kapitalverbrauchs als Gegensatz zur Nutzungsüberlassung .....	40
d)	Der Einfluss des Formerfordernisses auf die traditionelle Definition der Leibrente .....	41
III.	Direktzusagen des Arbeitgebers und Unterstützungskassen .....	43
1.	Die Entwicklung der betrieblichen Alterssicherung .....	43
a)	Die Entwicklung des Betriebsrentenrechts bis zum Betriebsrentengesetz .....	43
b)	Das Betriebsrentengesetz von 1974 .....	45
2.	Die unmittelbare Versorgungszusage (Direktzusage) .....	49
a)	Die Direktzusage als gesetzliches Leitbild .....	49
b)	Inhalte von Direktzusagen .....	50
c)	Rückstellungsbildung nach Handelsgesetzbuch .....	51

3.	Die Unterstützungskasse .....	53
a)	Unterstützungskassen als externe Träger betrieblicher Vorsorge .....	53
b)	Ausschluss eines Rechtsanspruchs des Arbeitnehmers gegen die Unterstützungskasse .....	54
c)	Ausfallhaftung .....	55
4.	Sicherung von Direktzusagen durch Treuhandverhältnisse .....	56
a)	Internationaler Standard .....	56
b)	Unterlegung deutscher Betriebsrenten aufgrund internationaler Rechnungslegung und nach dem BilMoG .....	57
c)	Contractual trust arrangement (CTA) .....	61
§ 2	Ergebnis der Vermögensverwaltung (defined contribution) .....	62
I.	Vermögensverwaltung in der individuellen Vorsorge .....	62
1.	Treuhandverwaltung .....	62
a)	Die Entwicklung von trust und Treuhand .....	62
b)	Der enge Begriff der Treuhand und des Treuhänders in der Vorsorge .....	65
aa)	Fremdnützige Treuhand und Streitstand im Schrifttum .....	65
bb)	Auftrag und Treuhand in Gesetz und Rechtsprechung .....	68
cc)	Treuhand als eigenständiger Vertragstyp .....	70
c)	Der Begriff der Vermögensverwaltung nach Wertpapierhandelsrecht .....	72
2.	Vermögensverwaltung in Form der Vollmachtverwaltung .....	72
II.	Investmentfonds .....	75
1.	Entwicklung .....	75
2.	Das Vertragsdreieck der Investmentfonds .....	77
3.	Investmentfonds zur Altersvorsorge .....	80
4.	Hedge Fonds und Private Equity als Vehikel in der Altersvorsorge .....	81
III.	Vermögensverwaltung im Betriebsrentenrecht .....	82
1.	Historische Entwicklung .....	82
a)	Entwicklung bis 1945 .....	82
b)	Betriebsrentengesetz und beitragsorientierte Leistungszusage .....	85
c)	Einführung der Beitragszusage mit Mindestleistung .....	87
2.	Reine Beitragszusagen (defined contribution) als internationaler Standard .....	89
3.	Interessen und ökonomisches Leitbild des Betriebsrentengesetzes .....	93

4.	Die Zulässigkeit reiner Beitragszusagen nach deutschem Recht .....	94
a)	Zwingende Einstandspflicht des Arbeitgebers nach Betriebsrentengesetz.....	94
b)	Arbeitsgerichtliche Anerkennung und Einordnung der reinen Beitragszusage.....	96
c)	Riester-Verträge als Abkehr vom paternalistischen Betriebsrentenleitbild .....	98
d)	Die wertgleiche Entgeltumwandlung als Beitragszusage? .....	99
§ 3	Kombination aus garantierter Leistung und Anlageergebnis (hybrid pensions) .....	100
I.	Lebens- und Rentenversicherung .....	100
1.	Die Lebensversicherung als vorherrschende Form individueller Vorsorge .....	100
a)	Aufkommen und Verbreitung des Versicherungsgedankens .....	100
b)	Unterscheidung von Sach- und Lebensversicherung .....	103
c)	Unterscheidung innerhalb der Lebensversicherungen.....	104
aa)	Risikolebensversicherung.....	104
bb)	Kapitalbildende Lebensversicherung.....	104
cc)	Fondsgebundene Lebensversicherung.....	105
d)	Überschussbeteiligung (with profits) .....	105
e)	Die Rechtsnatur der Lebensversicherung.....	106
2.	Die private Rentenversicherung.....	109
3.	Versicherungen in der betrieblichen Vorsorge .....	109
a)	Lebensversicherungsunternehmen als externe Träger betrieblicher Vorsorge .....	109
b)	Leistungen der Lebensversicherung.....	110
c)	Rückdeckung bei Direktzusage und Unterstützungskasse .....	110
4.	Die Rolle der Aufsicht .....	111
a)	Aufsicht und Begriff der Versicherung.....	111
b)	Aufsicht über die Kapitalanlage und Überschussbeteiligung.....	112
II.	Pensionsfonds .....	113
1.	Regulierung deutscher Pensionsfonds primär durch Aufsichtsrecht .....	113
a)	Der aufsichtsrechtliche Schwerpunkt der Regulierung deutscher Pensionsfonds.....	113
b)	Abweichungen vom allgemeinen Versicherungsaufsichtsrecht.....	115

2. Internationale Vorbilder .....	115
3. Europäische Vorgaben .....	116
4. Rechtsform und Leistungen .....	118
5. Interne Pensionsfonds .....	119
III. Pensionskassen .....	119
1. Regulierung deutscher Pensionskassen primär durch Aufsichtsrecht .....	119
2. Rechtsform und Leistungen .....	120
2. Kapitel: Institutionelle private Vorsorge .....	123
§ 4 Begriff und Institutionen privater Vorsorge .....	123
I. Private Vorsorge als Rechtsbegriff .....	123
1. Allgemeine Begrifflichkeit: Vorsorge und/oder Versorgung? .....	123
2. Betriebliche Vorsorge bei betriebsrentenrechten Beitragszusagen .....	127
3. Vorsorge als Oberbegriff betrieblicher Vorsorge und Versorgung .....	128
II. Träger institutioneller privater Vorsorge .....	131
1. Der Arbeitgeber als Institution privater Vorsorge .....	131
2. Externe und interne Träger betrieblicher Vorsorge, Finanzdienstleister .....	131
3. Versicherung als institutionalisiertes Geschäft .....	132
III. Institutionelle private Vorsorge als kapitalbezogenes Dauerschuldverhältnis .....	133
1. Kapitaldeckung privater Vorsorge .....	133
a) Kapitaldeckung institutioneller Vorsorge .....	133
b) Kollektivität institutioneller privater Vorsorge .....	135
c) Delegation der Anlageentscheidung .....	135
2. Dauerschuldverhältnis mit der Option der Verrentung .....	135
a) Einzahlungs- und Auszahlungsphase .....	135
b) Institutionelle Vorsorge als Dauerschuldverhältnis .....	136
c) Beitrag zur Versorgung im Alter als Zweck von Altersvorsorgeverträgen .....	137
d) Zumindest faktische Option der Verrentung .....	137
aa) Verrentung durch den Anbieter .....	137
bb) Verrentung durch Dritte, Pflicht zur Verrentung .....	138
3. Der partiarische Charakter individueller und betrieblicher Vorsorge .....	138
4. Sorgfaltpflichten bei berufsmäßigen Anbietern von Vorsorgedienstleistungen .....	141
5. Der Altersvorsorgevertrag .....	142

IV. Rechtliche Determinanten institutioneller privater	
Vorsorge .....	142
1. Steuerrechtliche Einflüsse auf Altersvorsorgeprodukte.....	142
a) Allgemeine historische Entwicklung.....	142
b) Aktuelle Bedeutung.....	145
c) Der aktuelle Fokus des deutschen Steuerrechts auf	
Garantiezusagen (defined benefit).....	146
d) Internationaler Vergleich steuerlicher Förderung .....	147
e) Kosten steuerrechtlicher Regulierung .....	148
f) Anknüpfung des Steuerrechts.....	150
g) Fazit.....	151
2. Individuelle Vorsorge als Rechtsprodukt.....	151
3. Betriebliche Vorsorge als Rechtsprodukt .....	152
V. Die internationale Dimension der privaten Vorsorge.....	153
1. Internationalität privater Vorsorge als	
rechtstatsächlicher Befund .....	153
2. Europäische Rechtsgrundlagen .....	154
3. Nationale Rechtsgrundlagen im internationalen	
Vergleich.....	155
a) Englische Rechtsgrundlagen für die private	
Vorsorge .....	155
b) Österreichische Rechtsgrundlagen für die private	
Vorsorge .....	156
c) Schweizer Rechtsgrundlagen für die private	
Vorsorge .....	156
d) US-amerikanische Rechtsgrundlagen für die private	
Vorsorge .....	157
§ 5 Charakteristika individueller und betrieblicher Vorsorge.....	158
I. Die Entscheidung über das Ob und Wie privater Vorsorge .....	158
1. Freiwilligkeit individueller Vorsorge.....	158
a) Privatautonome Entscheidung über das Ob	
individueller Vorsorge.....	158
b) Privatautonome Entscheidung über das Wie	
individueller Vorsorge.....	158
2. Freiwilligkeit und Entscheidungszuständigkeit bei	
betrieblicher Vorsorge.....	159
a) Grundsatz der Arbeitgeberzuständigkeit.....	159
b) Motive des Arbeitgebers für die Zusage von	
Betriebsrenten.....	159
c) Entscheidungsmöglichkeiten des Arbeitnehmers.....	161
d) Motive des Arbeitnehmers für eine	
Entgeltumwandlung.....	163

3.	Automatische Einbeziehung in eine Betriebsrente (automatic enrollment).....	164
4.	Corporate social responsibility.....	167
II.	Spezifika betrieblicher Vorsorge als Entgeltform .....	168
1.	Betriebsrentenzahlungen als aufgeschobenes Entgelt.....	168
2.	Verfügungsbeschränkungen.....	169
3.	Leistungszusage als Charakteristikum nur des Betriebsrentengesetzes .....	169
4.	Verfallbarkeit als vormaliges Charakteristikum betrieblicher Vorsorge.....	170
III.	Chancen und Risiken institutioneller privater Vorsorge .....	171
1.	Staatliche Alterssicherung und (Rendite-)Chancen privater Vorsorge .....	171
a)	Entkoppelung von Arbeit und Rentenzahlung .....	171
aa)	Demographie, staatliche Grundsicherung und individuelle Freiheit.....	171
bb)	Wachstumsschwäche und Lohnentwicklung .....	172
cc)	Vergleich der Renditen der gesetzlichen Rentenversicherung und privater Vorsorge .....	173
b)	Verlassen des nationalen Rahmens .....	174
2.	Renditechancen typisierter Produkte .....	174
a)	Renditen von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren .....	174
b)	Erklärung der Unterschiede der realen Rendite und Kosten privater Vorsorge .....	176
c)	Garantieverträge, Sicherungsstrategien und reale Rendite.....	177
d)	Kosten staatlicher Regulierung .....	179
aa)	Kosten in Form administrativen Aufwands .....	179
bb)	Kosten in Form verminderter Renditechancen? .....	180
3.	Regulierung systemischer Risiken in der privaten Altersvorsorge.....	181
4.	Renditechancen und Risikoneigung.....	183
a)	Risikoordnung in der privaten Vorsorge .....	183
aa)	Garantien als Mittel der Risikoordnung.....	183
bb)	Kosten- und Inflationsrisiko, Zinseszinsseffekt .....	183
cc)	Biometrische Risiken.....	185
b)	Die Risiken „sicherer“ Produkte .....	185
c)	Maßgeblichkeit der individuellen Risikopräferenz und Risikostreuung.....	187
5.	Prognose des Bedarfs im Alter und der Erwerbsbiographie .....	190
6.	Wettbewerb in der privaten Vorsorge.....	190

Zweiter Teil: Schutzprinzipien institutionalisierter privater Vorsorge .....	193
3. Kapitel: Vorsorgerechtliches Schutzdreieck .....	193
§ 6 Garantien, Vertragsbeendigung und -änderung sowie Mitsprache als Schutzdreieck .....	193
I. Das Schutzdreieck (guarantees, exit und voice) .....	193
1. Garantien, Vertragsbeendigung und Mitsprache .....	193
a) Vertragsbeendigung und Mitsprache (exit und voice) als allgemeingültige Schutzprinzipien.....	193
b) Notwendigkeit der Ergänzung um Garantien zu einem Schutzdreieck.....	194
2. Das Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Selbstverantwortung.....	195
3. Interdependenzen und Mindestschutz .....	196
4. Das Schutzdreieck als Grundlage weiterer Schutzprinzipien.....	198
II. Der traditionelle Fokus auf Garantiezusagen .....	198
1. Mindestgarantien in der betrieblichen Vorsorge.....	198
2. Mindestgarantien in der steuerlich geförderten individuellen Vorsorge.....	199
III. Vertragsbeendigung und Mitsprache als alternative Schutzprinzipien .....	199
1. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen als allgemeines Rechtsprinzip .....	199
2. Kündigung als Schutzprinzip in der individuellen Vorsorge.....	200
3. Kündigung in der betrieblichen Vorsorge.....	202
a) Kündigung als Schutzprinzip auch in der betrieblichen Vorsorge .....	202
b) Kündigung betrieblicher Vorsorge bei Leistungszusagen.....	203
4. Vertragsänderung bzw -übertragung als milderes Mittel.....	204
5. Mitsprache.....	205
§ 7 Ausformung des vorsorgerechtlichen Schutzdreiecks .....	206
I. Information als allgemeines vorsorgerechtliches Schutzprinzip .....	206
1. Information als Schutzprinzip im allgemeinen Zivil- und Handelsrecht.....	206
2. Information als Schutzprinzip in der privaten Vorsorge.....	207
3. Allgemeine Information durch den Staat oder Interessenvertreter .....	208
a) Allgemeine Information als staatliche Aufgabe .....	208
b) Interessenvertreter in der betrieblichen Vorsorge .....	209
II. Die Corporate Governance von Altersvorsorgevehikeln.....	209

1. Der Einfluss des Berechtigten auf die interne Corporate Governance .....	209
a) Mitsprache in der privaten Vorsorge.....	209
aa) Unternehmerische Mitbestimmung als Mitsprache bei Direktzusagen .....	209
bb) Mitsprache bei kapitalgedeckten Betriebsrenten als internationale Grundregel.....	211
cc) Vertretung der Vorsorgenden auch in der individuellen Vorsorge?.....	212
dd) Arbeitnehmermitbestimmung bei Altersvorsorgevehikeln? .....	213
ee) Fortentwicklung des Gesamtsystems der Arbeitnehmerbeteiligung .....	214
b) Standards interner Corporate Governance .....	214
aa) Unabhängige Aufsichtsratsmitglieder und Inkompatibilitäten.....	214
bb) Bestellung des verantwortlichen Aktuars, Treuhänders und Prüfers.....	217
cc) Prüfungsausschüsse (audit committees) und interne Kontrolle .....	217
2. Exit aus Altersvorsorgeprodukten und Zweitmarkt in der Altersvorsorge.....	218
III. Kollektive Geltendmachung und Änderung vertraglicher Pflichten.....	220
1. Anerkannte Formen kollektiver Geltendmachung.....	220
a) Das praktische Bedürfnis kollektiven Rechtsschutzes.....	220
b) Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz und Verbandsklage.....	220
2. Das Schuldverschreibungsgesetz als Vehikel kollektiven Rechtsschutzes? .....	221
a) Der beschränkte Anwendungsbereich de lege lata.....	221
b) Weiterentwicklung des Schuldverschreibungsgesetzes zu einem Anlegerschutzgesetz? .....	222
3. Betriebsrentenansprüche .....	223
IV. Aufsicht.....	225
1. Allgemeines .....	225
a) Aufsicht als Ausfluss des Sozialstaatsprinzips.....	225
b) Aufsicht über die Vermögensverwaltung und -zuweisung.....	226
c) Aufgaben der Aufsicht .....	227
2. Verhältnis von Haftung und Aufsicht.....	229
3. Kombination privater und öffentlicher Aufsicht.....	230

a)	Finanzintermediäre und Gatekeeper als Vorbedingung moderner Finanzaufsicht .....	230
b)	Finanzintermediäre und Gatekeeper in der allgemeinen Kapitalmarktaufsicht.....	230
c)	Finanzintermediäre und Gatekeeper in der privaten Vorsorge .....	231
4.	Die Organisation öffentlicher Aufsicht.....	232
a)	Der europäische Trend zur integrierten Finanzdienstleistungsaufsicht.....	232
b)	Unterschiede in der Organisation einer Allfinanzaufsicht .....	234
c)	Europäische Aufsichtsbehörde? .....	236
5.	Besondere Aufsicht über betriebliche Vorsorgeeinrichtungen.....	237
a)	Versicherungsaufsicht und besondere Aufsicht über betriebliche Vorsorgevermögen .....	237
b)	Aufsicht über CTA nach der Pensionsfonds-Richtlinie? .....	239
c)	OECD Recommendation on Core Principles of Occupational Pension Regulation .....	241
4. Kapitel:	Das Leitbild treuepflichtig verwalteten Sondervermögens ....	243
§ 8	Grundsatz der Bildung von Sondervermögen .....	243
I.	Bildung eines oder mehrerer Sondervermögen .....	243
1.	Sondervermögen als Kennzeichen institutioneller Vermögensverwaltung .....	243
a)	Fehlen einer allgemeinen Theorie des Sondervermögens .....	243
b)	Das Sondervermögen in der Treuhandverwaltung .....	246
c)	Das Sondervermögen in der Fondsverwaltung .....	248
d)	Sicherungsvermögen und andere Sondervermögen von Versicherungen.....	248
e)	Sondervermögen als hybrider Rechtsbegriff.....	250
2.	Das Sondervermögen als praktisches Leitbild in der betrieblichen Vorsorge.....	251
a)	Rückstellungen bei Direktzusagen .....	251
b)	Vermögen externer Versorgungsträger .....	252
c)	Interne Versorgungsträger (contractual trust arrangements, CTA) .....	252
aa)	Rechtstatsachen und Rechtsvergleich.....	252
bb)	Zulässige Rechtsformen.....	253
3.	Mehrzahl relevanter Sondervermögen bei Garantiezusagen.....	254

4. Widmung des Sondervermögens für den finanziellen Bedarf im Alter .....	255
II. Rechtsvergleich.....	255
1. Der trust als treuhänderisch verwaltetes Sondervermögen .....	255
2. Der trust im englischen und US-amerikanischen Betriebsrentenrecht .....	256
3. Einzelgesetzliche Rezeption des trust.....	257
III. Folgen der Einordnung als Sondervermögen im deutschen Recht.....	260
1. Vorsorgerechtliche Sonderbestimmungen .....	260
a) Kapitalanlagegesellschaften .....	260
b) Versicherungsgesellschaften .....	260
c) Verallgemeinerungsfähigkeit der Regeln zur dinglichen Surrogation? .....	261
2. Vollstreckungsrechtlicher Schutz treuhänderischen Sondervermögens.....	262
a) Problemstellung in der betrieblichen Vorsorge und Notwendigkeit einer Eingrenzung.....	262
aa) Die Ausgestaltung von contractual trust arrangements als doppelseitige Treuhand.....	262
bb) Aussonderungs- oder Absonderungsrecht bei doppelseitiger Treuhand?.....	263
cc) Allgemeiner vollstreckungsrechtlicher Schutz der Treuhand.....	265
b) Unmittelbare Übergabe von Vermögen vom Treugeber auf den Treunehmer .....	266
aa) Begründung treuhänderisch gehaltenen Sondervermögens als Grundregel.....	266
bb) Offenkundigkeit als Alternative?.....	267
c) Abgrenzung der Treuhand von Geschäftsbesorgung und Kreditsicherung .....	268
d) Erfassen auch der von Dritten erworbenen Vermögensgegenstände bei einer vollstreckungsrechtlich immunisierten Altersvorsorgetreuhand .....	269
e) Analoge Anwendung des Kommissionsrechts als alternatives Schutzkonzept.....	271
f) Schutz des Sondervermögens vor Gläubigern des Vorsorgenden selbst .....	272
3. Treuwidriger Verkauf .....	273
§ 9 Grundsatz der Anlage des Sondervermögens im Interesse (auch) des Berechtigten .....	276
I. Das Interesse der Berechtigten am Ergebnis der Anlage.....	276

1. Altersvorsorge als Vertrauensgut.....	276
2. Das Interesse bei Beteiligung am Anlageergebnis.....	277
a) Maßgeblichkeit allein des Anlageergebnisses.....	277
aa) Individuelle Vorsorge.....	277
bb) Betriebliche Vorsorge.....	278
b) Kombination garantierter Leistung und des Anlageergebnisses.....	278
3. Das Interesse bei reinen Garantieabreden.....	279
4. Gesamtbewertung.....	279
II. Das Ausmaß der Bindung an das Interesse der Berechtigten.....	280
1. Anlage allein im Interesse der Berechtigten.....	280
2. Anlage im Interesse auch der Berechtigten.....	280
III. Treuepflichten bei der Anlage.....	281
1. Die Treuepflicht bei der Vermögensverwaltung.....	281
a) Vollmachtverwaltung und Treuhand.....	281
b) Investmentfonds.....	282
2. Die beidseitigen Treuepflichten im Versicherungsvertrag.....	282
a) Geschichte und Rechtsvergleich.....	282
aa) Das klassische Verständnis im deutschen Recht.....	282
bb) Versicherungsvertrag als Vertrag uberrimae fidei und Versicherer als Treuhänder.....	283
cc) Die Treuepflicht des Versicherers im englischen Recht und in den USA.....	287
dd) Die Treuepflicht eines Versicherers nach ERISA.....	288
b) Die besondere Treuepflicht auch des deutschen Versicherers.....	288
c) Lebensversicherer als Treuhänder?.....	290
3. Die Treuepflicht (Fürsorgepflicht) des Arbeitgebers.....	291
4. Treuepflichten auch der externen und internen Träger betrieblicher Vorsorge.....	293
§ 10 Der Grundsatz vorsorgerechter Anlage (prudent person rule).....	295
I. Der langfristige Anlagehorizont in der privaten Vorsorge.....	295
1. Altersvorsorge und Kapitalmarkt.....	295
2. Maßgeblichkeit langfristiger Trends.....	296
a) Maßgeblichkeit langfristiger Kapitalmarktverzinsung der Anlagen.....	296
b) Fortbestehende Defizite der deutschen Versicherungsaufsicht.....	298
c) Rechtsvergleich und Ausblick.....	300
II. Prudent person rule.....	301

1. Ursprung der prudent person rule (prudent man, prudent investor rule).....	301
a) Entwicklung im angloamerikanischen trust-Recht.....	301
b) Anwendung auch auf die betriebliche Vorsorge (occupational pensions).....	302
2. Der Inhalt der prudent person rule .....	304
a) Leitbild eines vorsichtigen Investors.....	304
b) Abstellen auf das Portfolio .....	304
3. Die prudent person rule in der individuellen Vorsorge.....	307
a) Die prudent person rule bei der Treuhand- und Investmentverwaltung .....	307
b) Das Vorsichtsprinzip bei der Anlage durch Versicherungen.....	307
c) Versicherter als Anleger .....	308
III. Business judgment als deutsche betriebsrentenrechtliche Alternative .....	309
1. Die Begünstigten als allgemeine Gläubiger der Gesellschaft, nicht eines trust.....	309
2. Langfristige Steigerung des Unternehmenswertes bei Direktzusagen.....	309
a) Die gesellschaftsrechtliche Pflichtenstellung der Unternehmensleiter .....	309
b) Die Pflichtenstellung in der privaten Vorsorge.....	310
3. Insolvenzsicherung auch bei Maßgeblichkeit der prudent person rule.....	312
 Dritter Teil: Altersvorsorgeverträge.....	313
5. Kapitel: Begründung von Altersvorsorgeverträgen.....	313
§ 11 Vertragsschluss in der individuellen und betrieblichen Vorsorge.....	313
I. Vertragsschluss .....	313
1. Allgemeines: Maßgeblichkeit des gewählten Vertragstyps .....	313
2. Vertragsschluss im Zweipersonenverhältnis.....	314
a) Individuelle Vorsorge.....	314
b) Direktzusage .....	316
c) Formlosigkeit institutioneller privater Vorsorge auch bei Zusage einer Leibrente.....	316
3. Mehrseitige Gestaltung privater Vorsorge.....	317
a) Altersvorsorge in Form eines Vertrages zugunsten Dritter .....	317
aa) Vertrag zugunsten Dritter .....	317

bb) Hinterbliebenenversorgung.....	317
b) Der Rahmenvertrag bei mehrseitiger Gestaltung .....	318
4. Kollektivvertragliche Regelungen .....	319
a) Allgemeines.....	319
b) Betriebsvereinbarung.....	319
c) Betriebliche Übung und Gesamtzusage .....	320
d) Betriebliche Vorsorge durch Tarifvertrag .....	322
aa) Branchenweite Tarifverträge .....	322
bb) Unternehmensbezogene Tarifverträge .....	324
cc) Reformdiskussion .....	325
5. Mitbestimmung bei Begründung der betrieblichen Vorsorge.....	326
a) Historische Entwicklung .....	326
b) Mitbestimmung nach Betriebsverfassungsrecht.....	327
aa) Sozialeinrichtungen und Lohngestaltung als Anknüpfungspunkte.....	327
bb) Grenzen des Mitbestimmungsrechts.....	328
c) Zweistufige versus organschaftliche Mitbestimmung .....	329
6. Widerruf.....	330
II. Notwendige Vertragsbestandteile.....	331
1. Festlegung des Vorsorgecharakters .....	331
a) Defined benefit, defined contribution, hybrid pensions.....	331
b) Biometrische Risiken und Auszahlungsmodalitäten.....	332
2. Festlegung der Gegenleistung und der Einzahlungen.....	332
III. Klausel- und Inhaltskontrolle .....	333
1. Historische Entwicklung und Umfang der Klauselkontrolle.....	333
2. Kontrolle von Versicherungsverträgen .....	334
a) Versicherungsaufsichtsrecht und Klauselkontrolle .....	334
b) Kontrolle auch der Ausgestaltung des Hauptleistungsversprechens .....	336
c) Kontrolle der Leistungszuweisung und Überschusspolitik .....	338
d) Kontrolle auch von gesetzeswiedergebenden Klauseln.....	339
3. Kontrolle in der Vermögensverwaltung.....	340
4. Klauselkontrolle im Arbeitsrecht.....	341
5. Kontrolle von Betriebsvereinbarungen, Tarif- und Individualverträgen .....	343
a) Kontrolle von Betriebsvereinbarungen .....	343
b) Kontrolle von Tarifverträgen.....	344

c) Einzelvertragliche Kontrolle .....	344
6. Unwirksamkeit und Korrektur unwirksamer Klauseln .....	344
IV. Gleichbehandlungspflichten .....	346
1. Historische Entwicklung .....	346
a) Versicherungsrecht und Vermögensverwaltung .....	346
b) Allgemeines Zivilrecht und Arbeitsrecht .....	347
c) Europäisches Recht .....	347
d) Stichtagsprinzip .....	349
2. Treuepflicht und Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz.....	350
a) Die Treuepflicht als allgemeine Grundlage zivilrechtlicher Gleichbehandlung .....	350
b) Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz .....	352
3. Gleichbehandlungspflichten in der individuellen Vorsorge.....	353
4. Gleichbehandlungspflichten in der betrieblichen Vorsorge.....	354
a) Allgemeines.....	354
b) Gleichbehandlung von Männern und Frauen .....	356
aa) Gleichbehandlung beim Zugang zu einer Betriebsrente .....	356
bb) Gleichbehandlung von Männern und Frauen auch bei den Rentenzahlungen .....	357
c) Gleichbehandlung in Kollektivverträgen .....	358
d) Grenzen der Gleichbehandlungspflicht .....	358
aa) Keine Gleichbehandlung von Rentnern und aktiven Arbeitnehmern .....	358
bb) Voraussetzung und Zulässigkeit einer Gruppenbildung .....	359
5. Rechtsfolgen.....	360
V. Mehrseitige Ausgestaltung: Vertrag zugunsten Dritter und Vertragsnetz.....	361
1. Mehrseitige Ausgestaltung individueller Vorsorge .....	361
a) Einbeziehung von mehreren natürlichen Personen in die private Vorsorge .....	361
b) Durchführung der privaten Vorsorge durch mehrere Finanzdienstleister.....	361
2. Mehrseitige Ausgestaltung betrieblicher Vorsorge.....	362
a) Internationales .....	362
b) Interne betriebliche Vorsorge (contractual trust arrangement).....	362
c) Betriebliche Vorsorge über externe Versorgungsträger .....	363

3.	Rechtsprechung zur Pflichtenstellung bei mehrseitiger Gestaltung .....	363
a)	Zusage nach Maßgabe der Leistungen eines externen Versorgungsträgers.....	363
b)	Gleichbehandlungsgebote des Trägers der betrieblichen Altersversorgung .....	364
4.	Das Vertragsnetz als Regelfall mehrseitiger Gestaltung.....	365
a)	Das Spannungsfeld individueller und gemeinsamer Betrachtung .....	365
b)	Vertragsnetz als Zwischenform zwischen Vertrag zugunsten Dritter und Verband .....	366
c)	Pflichtenzuordnung und Flexibilität der Rechtsfolgen im Vertragsnetz .....	369
5.	Treuepflichten und Pflichtenübernahme .....	370
a)	Einwirkungspflichten .....	370
b)	Pflicht zur Auswahl und fehlende Einwirkungsrechte als Haftungsgrund .....	371
§ 12	Informationspflichten vor und bei Vertragsschluss .....	371
I.	Informationsinteressen und Dogmatik der Informationspflichten .....	371
1.	Notwendigkeit der Ausformung der Information als Schutzprinzip .....	371
2.	Treuepflicht und Marktteilnahme als allgemeine Rechtsgrundlagen.....	372
3.	Europarechtliche Grundlagen der Information bei Vertragsschluss .....	373
4.	Ansätze einer vorsorgerechtlichen Dogmatik.....	375
a)	Allgemeines.....	375
b)	Kapitalmarktrechtliche Diskussionslinien.....	376
c)	Versicherungsrechtliche Diskussionslinien.....	379
d)	Arbeitsrechtliche Diskussionslinien .....	382
II.	Allgemeine Produktinformationen .....	386
1.	Kapitalmarktrechtliche Produktinformation .....	386
a)	Einordnung der Prospektpflicht nach dem Investmentgesetz .....	386
b)	Prüfung des Prospekts und Übernahme weiterer Pflichten durch Sachverständige .....	387
c)	Haftung.....	389
2.	Versicherungsrechtliche Produktinformation .....	390
a)	Europarechtliche Grundlagen.....	390
b)	Versicherungsrechtliche Produktinformation in der individuellen Vorsorge.....	391
aa)	Historische Entwicklung.....	391

bb) Grundsätze versicherungsrechtlicher Produktinformation.....	392
cc) Zeitpunkt.....	394
dd) Principles and Practices of Financial Management (PPFM).....	396
c) Versicherungsrechtliche Produktinformation in der betrieblichen Vorsorge .....	397
3. Arbeitsrechtliche Produktinformation.....	397
a) Allgemeines.....	397
b) Zuordnung der Informationspflicht bei externem Versorgungsträger .....	398
III. Vorsorge- und vorsorgendenbezogene Informations- und Aufklärungspflichten .....	399
1. Kapitalmarktrechtliche Informations- und Aufklärungspflichten .....	399
a) Pflichten der Wertpapierdienstleister .....	399
aa) Allgemeines .....	399
bb) Aufklärung über Innenprovisionen und besondere Kosten.....	400
b) Direktvertrieb und Discount Broker.....	401
2. Versicherungsrechtliche Informations- und Aufklärungspflichten .....	401
a) Pflichten der Agenten und Versicherungsvermittler .....	401
aa) Entwicklung der Rechtsprechung .....	401
bb) Versicherungsvermittler-Richtlinie und Versicherungsvertragsgesetz .....	402
b) Direktvertrieb .....	404
3. Arbeitsrechtliche Informations- und Aufklärungspflichten .....	405
IV. Beratungspflichten in der individuellen und betrieblichen Vorsorge .....	406
1. Kapitalmarktrechtliche Beratungspflichten .....	406
2. Versicherungsrechtliche Beratungspflichten .....	407
3. Arbeitsrechtliche Beratungspflichten.....	408
a) Bestehen arbeitsrechtlicher Beratungspflichten .....	408
b) Verortung arbeitsrechtlicher Beratungspflichten .....	409
V. Zusammenschau .....	409
1. Gemeinsame Rechtsgrundlage der Informations- pflichten privater Vorsorge .....	409
2. Einheitliche Regeln für die allgemeine Produkt- information.....	410
3. Ersatzpflicht und Beweislast.....	413

5. Kapitel: Altersvorsorgeverträge in der Einzahlungsphase.....	415
§ 13 Pflichtenstellung in Altersvorsorgeverträgen .....	415
I. Die Pflichten des Vorsorgenden .....	415
1. Bereitstellen des Kapitals.....	415
a) Individuelle Vorsorge.....	415
b) Betriebliche Vorsorge.....	416
2. Zahlen der Vergütung für das Erbringen der Vorsorgeleistung.....	417
a) Spezielle Vergütung für die Vermögensverwaltung .....	417
aa) Fester Satz.....	417
bb) Erfolgsabhängige Vergütung.....	417
cc) Vergütung nur für ausgeführte Transaktionen.....	418
b) Transparenz .....	418
c) Vergütung bei fehlender Benennung der Höhe der Vergütung.....	420
aa) Pflicht zum unentgeltlichen Tätigwerden? .....	420
bb) Leistungsbestimmung durch eine Vertragspartei?.....	421
cc) Übliche Vergütung insbesondere bei Lebensversicherungen .....	421
dd) Vergütung in der betrieblichen Vorsorge .....	423
d) Höhe der Vergütung .....	423
aa) Billigkeitskontrolle der Vergütungshöhe.....	423
bb) Verteilung der Abschlusskosten (Zillmern).....	424
e) Vergütung bei Pflichtverletzung des Vermögensverwalters.....	426
3. Befugnis des Vermögensverwalters zum Einzug der Vergütung.....	426
II. Die Pflichten einer Institution privater Vorsorge .....	427
1. Vermögenmehrnde Anlage des überlassenen Vermögens .....	427
a) Vermögenmehrnde Anlage in der Treuhand- und Investmentverwaltung .....	427
b) Pflicht zur Vermögensanlage auch bei Versicherungen.....	427
c) Vermögensanlage in der betrieblichen Vorsorge .....	429
2. Treuepflichten.....	429
a) Aufklärungs-, Rechenschafts- und Erkundigungs- pflichten.....	429
b) Beachtung des Anlegerinteresses bei der Durchführung von Transaktionen .....	430
c) Zuschnitt ergebnisrelevanter Versichertengruppen.....	430
d) Unabdingbarkeit .....	431

3. Garantien.....	431
4. Zuweisung von Einzahlungen zu Sondervermögen.....	431
5. Pflichtenstellung und Aufsicht.....	432
6. Institutional Shareholder Activism .....	433
III. Negativabgrenzung der Pflichtenstellung im Altersvorsorgevertrag .....	433
1. Keine Pflicht zur Auskunft über die Vermögenssituation ...	433
2. Keine Pflicht zur Vereinbarung von Anlagerichtlinien .....	434
3. Keine Pflicht zur Kontrolle der Institution privater Vorsorge.....	434
IV. Die Pflichten des Arbeitgebers bei Direktzusagen .....	435
1. Bildung von Rückstellungen.....	435
2. Einzahlungen in ein contractual trust arrangement (CTA).....	435
3. Recht der Arbeitnehmer auf Vermögensunterlegung?.....	436
a) Vorzugswürdigkeit der Vermögensunterlegung de lege ferenda.....	436
b) Fremdfinanzierte Unternehmensübernahmen in der englischen Praxis.....	438
c) Fremdfinanzierte Unternehmensübernahmen in Deutschland.....	439
4. Betriebsstilllegungen.....	440
V. Die Pflichten des Arbeitgebers bei externer betrieblicher Vorsorge .....	440
1. Zahlungen an die externe Institution betrieblicher Vorsorge.....	440
2. Auswahlmöglichkeiten für die Arbeitnehmer bei reiner Beitragszusage .....	441
3. Garantien und Nachschuss bei defined benefit und hybrid pensions .....	442
a) Grundsatz ausreichender Bedeckung versicherungstechnischer Rückstellungen.....	442
b) Ausnahmen für Pensionsfonds, Pensionskassen und Treuhändlungen .....	442
4. Unterstützungskassen.....	443
5. Treuepflichten und Kontrolle.....	444
VI. Unverfallbarkeit.....	444
1. Verfallbarkeit als (historisches) Merkmal betrieblicher Vorsorge.....	444
a) Verfallklauseln als Charakteristikum traditioneller betrieblicher Vorsorge.....	444
b) Das Grundsatzurteil zur betriebsrentenrechtlichen Unverfallbarkeit.....	446

c) Die Regelung im Betriebsrentengesetz .....	448
2. Internationale Regelungen und europäische Reformbestrebungen .....	450
3. Ökonomische Analyse .....	452
4. Fünfjahresfrist für den Verfall von Arbeitgeberbeiträgen .....	453
a) Auslegung von Betriebsrentenordnungen .....	453
b) Altersgrenzen und Wartezeiten .....	454
c) Vordienstzeiten .....	455
d) Sofortige Wirksamkeit nach Ablauf der Verfallfrist .....	456
5. Entgeltumwandlung und reine Beitragszusagen .....	456
6. Die Stellung des Arbeitnehmers .....	457
§ 14 Anlage, Feststellung und Zuweisung des Ergebnisses der Vermögensverwaltung .....	458
I. Entwickeln und Umsetzen von Anlagerichtlinien .....	458
1. Gesetzlicher und vertraglicher Rahmen der Vermögensanlage .....	458
2. Das Spannungsverhältnis von Rendite, Substanzerhaltung und Liquidität .....	458
3. Pflicht zur Erstellung von Anlagerichtlinien .....	459
4. Rechtsnatur und Änderung von Anlagerichtlinien .....	462
II. Ausformung des Prinzips der vorsorgegerechten Anlage .....	462
1. Allgemeines .....	462
a) Umfang der Geltung des Prinzips der vorsorgegerechten Anlage .....	462
b) Prinzip der vorsorgegerechten Anlage und Pflicht zur Diversifikation .....	463
2. Anlagegrenzen für Anlageklassen als traditioneller Ansatz .....	464
a) Deutsches Versicherungsaufsichts- und Investmentgesetz .....	464
b) Pensionsfonds-Richtlinie .....	465
c) Internationale Umschau und wertender Vergleich .....	467
d) Portfoliotheorie und Solvabilität als moderne Alternativen .....	468
3. Abstellen auf das Gesamtportfolio und Anlagegrenzen in einzelne Werte .....	470
a) Maßgeblichkeit des Gesamtportfolios .....	470
b) Konzentration der Anlage in einzelnen Objekten .....	471
c) Grenzen der Anlage in das Trägerunternehmen bei betrieblicher Vorsorge .....	472
d) Höchstgrenzen für Anlageklassen in Abhängigkeit vom Risiko .....	474
4. Diversifikation des Gesamtportfolios .....	475

III. Besondere Pflichten.....	477
1. Pflicht zur günstigsten Transaktion.....	477
2. Sorgfältiges Treffen von Anlageentscheidungen.....	477
3. Interessenwahrung, Eigengeschäfte.....	479
4. Delegation von Entscheidungen.....	480
IV. Kontrolle der Vermögensanlage und der Anlagestrategie.....	480
1. Notwendigkeit einer Kontrolle.....	480
2. Art der Kontrolle.....	481
a) Beobachtung des Marktes.....	481
b) Kontrolle der Unternehmensführung (Corporate Governance) bei Anlage in Aktien.....	482
3. Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen.....	484
4. Kontrolle im Vertragsnetz.....	484
V. Feststellung des Gewinns oder Verlustes der Vermögensanlage.....	484
1. Pflicht zur Bewertung nach Marktpreisen als Grundsatz.....	484
2. Abweichende gesetzliche Regelungen und Vereinbarungen.....	486
3. Selbstbindung.....	487
4. Auswirkung aufsichtsrechtlicher Regulierung.....	487
VI. Gewinnzuweisung bei Verträgen mit (Mindest-)Garantien.....	488
1. Das Problem.....	488
a) Renditeminderung garantiewirksamer Ergebnisfestsetzung (Versicherungen).....	488
b) Verteilung eines festgestellten Überschusses („Überschussbeteiligung“).....	490
c) Behandlung nicht zugewiesener Erträge.....	491
aa) Nicht zugewiesene Erträge während der Vertragslaufzeit.....	491
bb) Die Rolle von Schlussüberschüssen.....	492
2. Traditionelle gesetzliche Leitlinien.....	493
a) Partizipation an der Vermögensanlage, Kosten- und Sterblichkeitsgewinnen.....	493
b) Durchführung der Beteiligung am Überschuss.....	494
3. Novelle des Versicherungsvertragsgesetzes und des Bilanzrechts.....	496
a) Lebensversicherung als einer der Kernpunkte der VVG-Reform.....	496
b) Möglichkeiten und Maßgeblichkeit der Vertragsgestaltung nach der VVG-Reform.....	498
c) Ablehnung der Teilung des Versicherungsvertrags.....	499
d) Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz.....	500

4. Zuweisung als Leistungsbestimmungsrecht des Versicherers .....	502
a) Befugnis zur Ergebnisglättung nur aufgrund vertraglicher Bestimmung .....	502
b) Der Ermessensspielraum des Versicherers .....	503
c) Gerichtliche Feststellung der Auszahlung .....	505
d) Notwendigkeit der Anpassung insbesondere auch des Versicherungsaufsichtsrechts .....	508
§ 15 Informationspflichten und -rechte in der Einzahlungsphase .....	510
I. Periodische Rechnungslegung .....	510
1. Zeitpunkt und Art der Rechnungslegung .....	510
a) Allgemeines .....	510
b) Laufende Information in der Lebensversicherung .....	511
2. Anlagestrategie .....	512
3. Sicherheit .....	513
II. Sofortige Information .....	514
1. Erhebliche Verluste des akkumulierten Vermögens .....	514
2. Prämienrückstände des Arbeitgebers .....	515
3. Wechsel in der betrieblichen Vorsorge .....	516
III. Information auf Anforderung .....	516
1. Bestehen eines Auskunftsanspruchs .....	516
a) Lebensversicherung .....	516
b) Betriebliche Vorsorge .....	517
2. Das Problem der Vergleichbarkeit .....	518
3. Kosten der Vorsorgeleistung .....	519
IV. Einsicht und Sonderprüfung als allgemeiner Rechtsgedanke? .....	520
1. Das Problem .....	520
2. Die aktienrechtliche Regelung und stille Gesellschaft .....	521
3. Übertragbarkeit .....	522
7. Kapitel: Sicherung und Änderung von Altersvorsorgeverträgen .....	523
§ 16 Sicherung von Ansprüchen und Altersvorsorgevermögen .....	523
I. Sicherung und Vertragsänderung im vorsorgerechtlichen Schutzdreieck .....	523
1. Zentrale Bedeutung von Sicherung und Vertragsänderung .....	523
2. Bedeutung für die gesamte Laufzeit des Altersvorsorgevertrags .....	525
II. Allgemeine Prinzipien der Sicherung in der privaten Vorsorge .....	526
1. Sondervermögen .....	526
2. Allgemeine Sicherungseinrichtungen .....	527

a) Kreditwirtschaft und Investmentfonds .....	527
b) Versicherungswirtschaft .....	528
3. Betriebsrentengesetz und reine Beitragszusagen .....	529
4. Ausfallhaftung des Arbeitgebers nach dem Betriebsrentengesetz .....	530
5. Schutz von Betriebsrenten durch die Insolvenzordnung.....	531
a) Fehlen besonderer Vorrechte in der Insolvenz.....	531
b) Direktversicherungen in der Insolvenz des Arbeitgebers .....	532
III. Die Insolvenzsicherung in der betrieblichen Vorsorge .....	533
1. Geschichtliche Entwicklung und Finanzierung .....	533
a) Pensions-Sicherungs-Verein als Träger der Insolvenzsicherung .....	533
b) Beitrag und Sicherung bei Direktzusagen, Unterstützungskassen und Pensionsfonds .....	534
c) Internationale Umschau der Finanzierung der Insolvenzsicherung .....	535
d) Reform der Finanzierung der Insolvenzsicherung .....	536
2. Voraussetzungen der Insolvenzsicherung nach dem Betriebsrentengesetz .....	538
a) Insolvenz des Arbeitgebers .....	538
b) Gesetzlich unverfallbarer Anspruch .....	539
c) Geltendmachung eines der Insolvenzsicherung unterfallenden Anspruchs .....	540
3. Umfang der Insolvenzsicherung .....	541
a) Beschränkung der Insolvenzsicherung auf eine Nominalgarantie .....	541
b) Missbrauchskontrolle .....	543
c) Reformmöglichkeiten und -bedürfnisse .....	545
4. Übergang von Vermögen und Ansprüchen auf den Träger der Insolvenzsicherung .....	546
IV. Contractual trust arrangements (CTA) in der Insolvenzsicherung .....	547
1. Eingreifen der Insolvenzsicherung auch bei einem CTA .....	547
2. Kein automatischer Übergang des CTA-Vermögens.....	548
a) Streitstand .....	548
b) Automatischer Übergang versus Anrechnung der Leistung des CTA .....	549
c) Grundsatz des Erhalts des CTA und Möglichkeit eines Übertragungsverlangens .....	551
3. Erhalt des contractual trust arrangements (CTA) versus Umwandlung .....	552

4. Auflösung des contractual trust arrangements bei klarer Unterdeckung .....	553
§ 17 Anpassung und Abwicklung des Altersvorsorgevertrages .....	553
I. Vertragsbeendigung und Vertragsänderung in der individuellen Vorsorge .....	553
1. Das Risiko langer Vertragslaufzeiten im allgemeinen	
Zivilrecht .....	553
2. Vermögensverwaltung .....	554
3. Kapitalanlagegesellschaften .....	555
4. Lebensversicherungen .....	557
a) Recht des Versicherungsnehmers zur Kündigung .....	557
b) Der Auszahlungsanspruch des Versicherungsnehmers .....	558
aa) Auszahlung der dem Vertrag zuzuordnenden Gewinnanteile als Grundsatz .....	558
bb) Abschläge .....	559
cc) Auszahlung nach der VVG-Reform und bei einer Befugnis zur Ergebnisfestsetzung .....	560
dd) Verjährung .....	562
c) Vertragsänderung durch die Versicherungsaufsicht .....	562
d) Vertragsänderungen durch die Lebensversicherung .....	563
II. Vertragsbeendigung und Vertragsanpassung in der betrieblichen Vorsorge .....	564
1. Änderung von Zusagen als Schwerpunkt der Rechtsprechung .....	564
2. Historische Entwicklung von Widerrufsvorbehalt und Unterstützungskassen .....	565
a) Wirtschaftliche Krise .....	565
b) Der Widerrufsvorbehalt bei Unterstützungskassen .....	567
c) Einschränkung und Ausschluss der Widerrufsmöglichkeit .....	568
d) Mitbestimmung bei Änderung von Betriebsrentenzusagen .....	570
3. Die Differenzierung nach der Art des Vertragsschlusses .....	570
4. Die Drei-Stufen-Theorie des Bundesarbeitsgerichts .....	574
a) Allgemeines .....	574
aa) Der Fokus auf den Bestandsschutz .....	574
bb) Der Inhalt der Drei-Stufen-Theorie .....	575
cc) Anwendung im Konzern .....	577
b) Erste Stufe: Bereits unverfallbare Ansprüche .....	577
aa) Keine Berufung auf eine wirtschaftliche Notlage .....	577
bb) Überversorgung .....	579

cc) Eingriff in die Renten und allgemeine Krise .....	580
c) Zweite Stufe: Zeitanteilig erdiente (endgehaltsbezogene) Dynamik: triftiger Grund.....	581
d) Dritte Stufe: Änderung einer noch nicht erdienten Dynamik .....	583
e) Zustimmungserfordernisse bei Entgeltumwandlung und Ausfinanzierung .....	584
f) Unanwendbarkeit auf die öffentliche Hand und Tarifverträge.....	585
5. Kündigung der externen Durchführung betrieblicher Vorsorge.....	586
III. Abwicklung nach Kündigung des Arbeitsvertrages .....	587
1. Kündigungsschutz und Betriebsrentenrecht.....	587
2. Betriebsrentenrechtliche Abwicklung.....	588
a) Die rätierliche Berechnung reiner Leistungszusagen nach dem Betriebsrentengesetz .....	588
b) Internationale Regelungen und europäische Reformbestrebungen .....	590
§ 18 Übertragung des Vertrages oder der Institution	
privater Vorsorge .....	591
I. Bestandsübertragungen und Umwandlung in der individuellen Vorsorge .....	591
1. Allgemeines .....	591
2. Bestandsübertragung bei Versicherungen.....	592
3. Investmentfonds .....	593
II. Umwandlung und Beendigung externer betrieblicher Vorsorge .....	593
1. Internationale Umschau .....	593
2. Deutsches Betriebsrentenrecht.....	594
a) Grundsatz beschränkter Portabilität bei bestehendem Arbeitsverhältnis.....	594
b) Einvernehmliche Übertragung nach einem Arbeitsplatzwechsel.....	595
c) Anspruch auf Übertragung ausfinanzierter Zusagen nach einem Arbeitsplatzwechsel .....	596
d) Schuldmitübernahme und Übertragung ohne Zustimmung der Arbeitnehmer .....	597
III. Umwandlungen und Betriebsübertragungen bei Direktzusagen .....	598
1. Geltung des Umwandlungsrechts auch für Betriebsrenten .....	598
a) Anwendbarkeit des Umwandlungsgesetzes auch auf Betriebsrenten.....	598

b) Allgemeine Schutzprinzipien des Umwandlungsrechts .....	598
2. Besonderer Schutz für Betriebsrentenansprüche?.....	599
a) Kein Schutz durch Rückgriff auf allgemeine Rechtsgrundsätze.....	599
b) Gesamtschuldnerische Haftung .....	600
c) Übertragung nur gegen ausreichende Vermögensbedeckung .....	601
3. Übertragung der Betriebsstätte.....	603
a) Übergang der Verpflichtungen nach Bürgerlichem Gesetzbuch .....	603
b) Keine Anwendung auf pensionierte Arbeitnehmer .....	605
c) Keine Anwendung in der Insolvenz .....	605
d) Weitere Rechtsfolgen eines Betriebsübergangs .....	606
8. Kapitel: Altersvorsorgeverträge in der Auszahlungsphase.....	607
§ 19 Versorgungscharakter und Beginn der Auszahlungsphase .....	607
I. Verträge mit festem Beginn der Auszahlungsphase .....	607
1. Der Versorgungscharakter der Auszahlungsphase .....	607
2. Zeitpunkt oder Bedingung für die Auszahlung.....	608
a) Allgemeines oder individuell festgelegtes Rentenalter.....	608
aa) Mindesteintrittsalter von sechzig Jahren .....	608
bb) Regeleintrittsalter.....	609
cc) Betriebliche Vorsorge und Beendigung des Arbeitsverhältnisses .....	610
dd) Wartezeit und vorzeitige Inanspruchnahme .....	612
ee) Höchstalter für die Inanspruchnahme.....	612
b) Äußere Ereignisse (Hinterbliebene, Vorruhestand, Invalidität) .....	613
c) Vereinbarkeit von Arbeit und Rentenbezug .....	614
3. Bloße Entnahmemöglichkeit und Komplettauszahlungen.....	616
a) Entnahmemöglichkeiten als private Vorsorge für das Alter .....	616
b) Vollständige, einmalige Auszahlung als private Vorsorge für das Alter.....	617
c) (Teilweise) Umwandlung von Vorsorgevermögen in Rentenzahlungen .....	617
II. Verträge mit flexiblem Beginn der Auszahlungsphase .....	618
1. Praktische Relevanz .....	618
a) Vorgezogene Betriebsrente nach Betriebsrentengesetz.....	618

b) Tarifvertragliche Regelungen zum Vorruhestand .....	619
2. Erklärung des Beginns .....	620
III. Informationspflichten vor Beginn und in der Auszahlungsphase.....	621
1. Beginn der Auszahlungsphase .....	621
2. Entscheidungsalternativen in der Auszahlungsphase .....	621
a) Komplettauszahlung, Kapitalentnahme, Verrentung .....	621
b) Wahlmöglichkeiten und Kalkulation bei Verrentung .....	622
3. Allgemeine Information in der Auszahlungsphase .....	622
IV. Vertragsänderung und Anrechnung speziell in der Auszahlungsphase.....	623
1. Kürzung und Ruhen von Betriebsrenten .....	623
a) Rentenreform von 1957 .....	623
b) Überversorgung .....	624
c) Weltwirtschaftskrise und Währungsumstellung.....	625
d) Aberkennen von Betriebsrentenansprüchen .....	626
2. Anrechnung .....	628
3. Änderung vertraglich begründeter Betriebsrentenansprüche .....	630
4. Reine Beitragszusagen .....	631
§ 20 Leistungserbringung und -anpassung im Alter .....	631
I. Privatautonome Vereinbarung von Auszahlungsmodalitäten.....	631
1. Kapitalauszahlung.....	631
a) Treuhand- und Fondsverwaltung.....	631
b) Kapitalbildende Lebensversicherung .....	631
c) Betriebliche Vorsorge.....	632
2. Verrentetes Kapital als Leibrente.....	632
a) Nochmals: Keine Anwendung des bürgerlich- rechtlichen Schriftformerfordernisses .....	632
b) Anwendungsbereich der Zweifelsregeln in der institutionellen Vorsorge .....	633
c) Notwendigkeit der Übernahme eines biometrischen Risikos? .....	634
aa) Versicherungen .....	634
bb) Betriebsrentengesetz .....	634
cc) Ausreichen des Anknüpfens am biometrischen Risiko des Alters.....	635
d) Höhe der Leibrente .....	635
3. Umwandlung in Rentenzahlung .....	635
a) Option .....	635
b) Umwandlung nach Auszahlung.....	636
4. Konstante Zahlungen .....	636

5. Variable Garantien .....	637
II. Vermögensverwaltung in der Auszahlungsphase .....	637
1. Vermögensverzehr bei Verrentung .....	637
2. Anlagestrategie.....	637
3. Vermögensverwaltung und biometrische Risiken .....	638
III. Betriebsrentenrechtliche Anpassungspflichten.....	638
1. Historische Entwicklung .....	638
a) Grundsatz fehlender Anpassungspflicht.....	638
b) Clausula rebus sic stantibus.....	639
c) Internationales und Reformdiskussion vor Einführung des Betriebsrentengesetzes.....	640
2. Grundzüge der Regelung der betriebsrentenrechtlichen Anpassungsregel .....	641
a) Prüfungs- und Ermessensentscheidung des Arbeitgebers als Grundsatz .....	641
b) Anwendungsbereich .....	642
c) Ausnahmen von der Anpassungspflicht .....	643
aa) Überschussüberlassung bei externer Durchführung.....	643
bb) Verpflichtung zu einer mindestens einprozentigen Anpassung.....	643
d) Einheitliche Prüfungstermine, Procedere und Erlöschen des Anpassungsanspruchs .....	644
3. Entscheidung nach billigem Ermessen .....	645
a) Belange des Arbeitnehmers.....	645
b) Wirtschaftliche Lage des Arbeitgebers .....	646
c) Weiter berücksichtigungsfähige Belange: reallohnbezogene Obergrenze .....	649
d) Gerichtlicher Kontrollmaßstab .....	649
e) Gerichtliche Anpassung .....	650
IV. Beendigung des Altersvorsorgevertrags .....	650
Zusammenfassung in Thesen .....	653
Ausblick: Reine Beitragszusagen und Information der Vorsorgenden ....	661
Literaturverzeichnis .....	665
Sachverzeichnis .....	737